

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Leipzig
Hafen & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:
Gedr. Arnold, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.80 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 2.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die Tagespappe mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 160.

Dresden, Freitag den 12. Juli 1918.

29. Jahrg.

Die Kanzlerrede im Hauptauschuß.

Kühlmanns Rücktritt aus „persönlichen Momenten“. — Keinerlei Kurswechsel in der inneren und äußeren Politik. — Scheidemann fordert weitere Klärung.

Unter außerordentlich starkem Andrang von Regierungvertretern und Reichstagsmitgliedern ging die Sitzung des Hauptauschusses unter Vorsitz des sozialdemokratischen Abgeordneten Oberst von Statten, in der der soeben aus dem Hauptquartier zurückgekehrte Reichskanzler die mit Spannung erwarteten Erklärungen über den Rücktritt Kühlmanns und über die allgemeine Politik der Reichsleitung abgab.

Graf Hertling hatte sich die Aufgabe gestellt, die mit Notwendigkeit durch den Abtritt Kühlmanns entstandene Meinungsstimmung wieder aus der Welt zu schaffen. Es mußte die Frage sich geltend machen, ob die Ausschiffung des Staatssekretärs des auswärtigen Amtes einen Wechsel des politischen Kurses anzeigen sollte. Immer mehr, so mußte es scheinen, getriebe die Reichsleitung unter den Einfluß der militärischen Kreise, der rechtsstehenden Presse, der alldeutschen Politik. Insbesondere die sozialdemokratische Fraktion stellte daher die Forderung, daß eine Klärung der verworrenen Lage geschaffen werden müsse.

Ein größerer Teil der Ausführungen des Reichskanzlers wurde als vertraulich erklärt, so gerade auch das, was er über den Fall Kühlmann sagte. Nach dem knappen amtlichen Bericht hat der Kanzler mitgeteilt, daß Kühlmann nicht aus sachlichen Differenzen, sondern wegen persönlicher Momente aus dem Amt geschieden ist. Der Kanzler hat Herrn v. Kühlmann für seine Tätigkeit noch mit reichlichem Lob überhäuft. Aber die vertrauensvolle Zusammenarbeit Kühlmanns mit der Obersten Heeresleitung scheint nicht mehr möglich gewesen zu sein, er habe daher selbst seine Entlassung genommen.

Zur Politik der Reichsleitung erklärte Hertling mit aller Bestimmtheit, daß von einem Wechsel des Kurses nicht die Rede sein könne. Er halte vollkommen fest an den programmatischen Erklärungen, die er beim Eintritt in sein Amt am 29. November vorigen Jahres abgegeben habe. Der Reichskanzler ging dann in knappen Sätzen auf die Hauptfragen der inneren und auswärtigen Politik ein. Soweit er keine Zusagen in der inneren Politik noch nicht eingeleistet habe — preussisches Wahlrecht! — so liege dies an Hindernissen, die ihm entgegengetreten seien, die mit Energie zu überwinden er jedoch entschlossen sei. Zur auswärtigen Politik nahm Hertling Bezug auf die deutsche Antwortnote an den Papst vom 1. August 1917, zu der er sich bekannt habe und an der er festhalte. Er betonte die friedensbereite Stimmung Deutschlands, der weder noch immer der Vernichtungswille der Gegner gegenüberstehe. Der Reichskanzler wollte weiterhin keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß er zu irgendwelchen ernsthaften Verhandlungen der Gegner, einen ersten Friedensschritt zu tun, sich ganz gewiß nicht ablehnend verhalten würde. Er betonte, daß dies auch der Standpunkt der Obersten Heeresleitung ist. Weiter be sprach er das Verhältnis zu den Ostgebieten. Er suchte die vielfachen Unstimmigkeiten und Schwierigkeiten, die dort andauern, aus den überaus unglücklichen Zuständen Rußlands zu erklären. Der jetzigen russischen Regierung stehe die deutsche Regierung mit voller Regelmäßigkeit gegenüber, sie sei aber zugleich auf der Hut gegen etwaige Wechsellagerungen durch die Umtriebe der Entente in Rußland. Die Verhandlungen des Grafen Hertling über Belgien wurden als vertraulich erklärt. Da diese Frage aber gerade besonders der Klärung bedarf, so ist anzunehmen, daß bald die Möglichkeit gegeben wird, darüber der deutschen Öffentlichkeit Näheres zu sagen. Zunächst kann nur gesagt werden, daß Hertling auch bezüglich Belgiens die früheren Erklärungen seiner Vorgänger wiederholte.

Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

12. Juli 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht: Die Artillerietätigkeit lebte am Abend auf und steigerte sich während der Nacht zu heftigen Feuerüberfällen auf Kampfstellungen und Hintergelände. Südwestlich von Avesnes sowie nördlich von Albert wurden härtere Kämpfe, mehrfach Gefangenüberfälle des Feindes abgewiesen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Zwischen Niamey und Warne blieb die Tätigkeit der Franzosen reger. In Borsfeldkämpfen am Walde von Bilsers-Cottéret machten wir Gefangene. Ostlich von Reims schlugen wir Gefangenüberfälle des Feindes zurück.

Seemanns Reden vor dem Reichstag.

Von dem gestern im Auftrag auf Koblenz gemaßelten amerikanischen Gesandten sei auch das letzte Vorgesand durch Wälsch in unsere Hand.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorf.

Erklärungen der Regierung und den Widerspruch zwischen den Aussagen und den folgenden Taten, wie es sich beim Frieden von Brest-Litowsk gezeigt hat. Unser Redner sprach nachdrücklich die Überzeugung aus, daß ein noch klareres, völlig unabweisbares Wort hinsichtlich Belgiens noch geeignet sein könne, uns in der Friedensfrage vorwärts zu bringen. Bemerkenswert zur Erkenntnis der jetzigen Situation waren die Ausführungen des Grafen Hertling. Der konservative Redner konnte zwar seine Genugtuung über den Sturz Kühlmanns nicht verhehlen, aber mit der Politik des Reichskanzlers erklärte er sich dennoch in weitem Maße nicht einverstanden. Die preussische Wahlreform, sagte er, hätte nicht zum Gegenstand der Vereinbarung mit den Reichstagsparteien gemacht werden dürfen. Die Antwort auf die Papstnote habe keine Partei niemals als geeignete Grundlage eines Regierungsprogramms in der Friedensfrage angesehen, und ein schwerer Fehler in der Antwortnote sei der ausdrückliche Hinweis auf die Reichstagsentscheidung vom 19. Juli gewesen. Auch die wiederholte Erklärung des Reichskanzlers zur Friedensbereitschaft gegen dem Grafen Hertling durchaus nicht, und im übrigen bekannte er sich wiederum zu weitgehenden Äußerungen.

Die Erörterung soll am Freitag im Hauptauschuß fortgesetzt werden. Es kann aber gewiß schon nach dem ersten Tage dieser Besprechungen festgestellt werden, daß die Kühlmannkrise sich nicht zu einer allgemeinen Regierungskrise auswachsen kann. Es ist dem Reichskanzler gelungen, bei den Mittelparteien des Reichstags Veruhigung herbeizuführen. Die Sozialdemokratie wird aber ihre Bemühungen fortsetzen, um die Reichsleitung zu einer möglichst klaren und eindeutigen Erklärung in der belgischen Frage zu drängen, weil dadurch dem Frieden gedient werden kann. Wohl dauern leider, bei den fortwährenden Bedrohungen der Gegner, noch immer die blutigen Kämpfe fort, aber es darf seitens der deutschen Politik nicht, aber auch nicht verabsäumt werden, was geeignet sein kann, Hindernisse des Friedens aus dem Wege zu räumen.

Erklärungen statt Klarheit.

Herr Graf Hertling hat die durch die Entlassung Kühlmanns entstandene Erregung mit dem Ziel seiner Erklärung zu beschwichtigen gesucht. Die bürgerlichen Mehrheitsparteien sind ihm auch in diesem Bestreben willig entgegengekommen, und die Sozialdemokratie steht mit ihrer scharfen Beurteilung jener geklauten Regierungspolitik, die im Sturz Kühlmanns gipfelte, allein.

Das ist auch wahrhaftig kein Wunder, denn weder in der inneren noch in der äußeren Politik sind die bürgerlichen Parteien von der gleichen Zielstrebigkeit erfüllt wie die Sozialdemokratie. Wenn will man einreden, daß das Zentrum aus des Herzens heißer Begeisterung nach dem gleichen Wahlrecht in Preußen verlange und jeden Reichskanzler, selbst den Reichskanzler eigener Parteifarbe, zu stürzen bereit sei, wenn er mit der Wahlreform nicht ernst mache? Für das Zentrum er konnten daher die glatten Worte, in denen Graf Hertling die Betreibung der inneren Reformen mit aller Energie versprochen, vollkommen ausreichend sein. Man weiß indes ganz genau, daß diese Energie auf ein faules Kompromiß hinzielt, wobei der Volksvertretung an Rechten genommen werden soll, was dem Volk bei der Wahl der Volksvertretung an Rechten gegeben wird.

Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik ist es nicht die ganze Zentrumsfraktion und auch nicht die ganze fortschrittliche Volkspartei, die mit der Sozialdemokratischen Partei in Uebereinstimmung steht. Herr Gröber, der in der Ausschub-

sitzung für das Zentrum das Wort ergriff, steht in außenpolitischen Fragen in seiner Partei ziemlich weit rechts. Kein Wunder also, daß er sich durch die Erklärung des Reichskanzlers trotz ihrer kaum noch zu überbietenden Lagerkeit für befriedigt erklärte. Was hat denn Graf Hertling eigentlich gesagt? Doch aller Welt die ehrliche Friedensbereitschaft der deutschen Regierung bekannt sei. Das ist zum mindesten eine sachliche Unrichtigkeit, denn außerhalb des Deutschen Reiches glaubt kaum jemand an diese ehrliche Friedensbereitschaft. Man glaubt an sie nicht seit dem Frieden von Brest-Litowsk, und man glaubt an sie erst recht nicht seit der Entlassung Kühlmanns. Die ganze ausländische Presse sieht, wie das anders ja kaum möglich war, in der Entlassung Kühlmanns den Sieg jener Richtung, die erst dann „ehrlich friedensbereit“ sein wird, wenn die Gegner bereit sein werden, allen Forderungen der deutschen Regierung auf Eroberungen und Kriegschädigungen bedingungslos zu willfahren. Und können wir uns etwa hinstellen und erklären, dem sei nicht so und jene Richtung sei bedeutungslos? Als ehrliche Menschen können wir doch nur sagen, daß zwischen den beiden Richtungen, der einen, die den Verständigungsfrieden will, und der anderen, die den Krieg bis zur vollkommenen militärischen Unterwerfung der Gegner fortführen will, ein nun seit vier Jahren währender Nachkampf besteht.

Der Reichskanzler sagt in der Bereitwilligkeit, auf wirklich ernste Verhandlungsvorschläge der feindlichen Mächte einzugehen, sei die politische Reichsleitung mit der Obersten Heeresleitung vollkommen einig. Was sind „wirklich ernste Verhandlungsvorschläge“? Der Kanzler hätte zum mindesten sagen müssen, was er unter „ersten Verhandlungsvorschlägen“ versteht, insbesondere ob er den Vorschlag, Belgiens volle Selbständigkeit wiederherzustellen, als ernst betrachtet oder nicht.

Allerdings eine Erklärung, die alles wieder gut macht, was unter der Regierung Hertlings schlecht gemacht worden ist, läßt sich nicht recht denken. Und darum ist es bezeichnend, daß sich zu unterziehen, ob die Erklärung des Grafen Hertling mehr oder weniger „belebend“ ausgefallen ist. Die Sozialdemokratische Fraktion hat schon vor dem Sturz Kühlmanns ihre Erklärung dahin abgegeben, daß sie dieser Regierung nicht einmal den Garaus bewilligen könne. Das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Regierung war damit zureichend gekennzeichnet. Sollte die Sozialdemokratische Fraktion sich dazu entschließen, trotz alledem die Kredite zu bewilligen, so dürfte sie doch keinen Zweifel darüber lassen, daß diese Bewilligung nur als ein grundsätzliches Bekenntnis zur Landesverteidigung aufzufassen ist.

Die französische Presse zum Rücktritt Kühlmanns.

Der Matin schreibt zur Kühlmannkrise: „Der Kaiser macht sich die Sache insofern bequem, als er Kühlmann ermächtigt, dem deutschen Volk die Unmöglichkeit eines Sieges durch die Waffen vorzutragen, um die öffentliche Meinung an diesen Gedanken, der mehr und mehr Boden gewinnt, zu gewöhnen. Dabei schob er die Verantwortung für diese kompromittierende Mitteilung einem Minister zu. So hand er zwischen der Partei des sogenannten Verhandlungsfriedens und der Militärpartei in der Rolle eines Schiedsrichters, ohne sich für die eine oder andere Seite mehr zu verpflichten, als ihm die Möglichkeit gebot. Wenn nun der Kaiser den Admiral v. Sininge zum Nachfolger jenes Mannes beruft, der von den Alldeutschen der „Defaitist Kühlmann“ genannt wird, so vertritt Wilhelm II. dabei nicht, es wird nun auf einem der ersten Posten des Reiches eine Persönlichkeit stehen, die seit langen Jahren das ausschließliche Organ der Wünsche des Kaisers war.“

Der Petit Parisien schreibt: „Der Rücktritt Kühlmanns, der bekräftigt wird, weil er es gewagt hatte, an der Möglichkeit einer Entscheidung durch die Waffen zu zweifeln, wird von der Partei Einbindung als ein großer Erfolg gefeiert werden. Für die Linke des Reichstags, die Kühlmann stützt, erscheint der Rücktritt als ein Mißerfolg. Es ist zu beklagen, daß sowohl der Reichskanzler v. Hertling, als auch der Minister v. Hertling beiseite laufen, dem nächsten Streich zu erliegen.“

Herr, 11. Juli. Die französische Regierungspresse sieht in der Verweigerung des Budgets durch die deutschen Sozialisten ein Manöver, durch das die Sozialisten ein neues Stadium vorzureden möchten. So lautet das Journal des Débats: „Scheidemann erhebt wieder auf der Bildfläche. Er hat seinen alten Freund Trotski beiseite, als dieser noch hoffen konnte, sich nach Rußland begeben zu können. Heute verweigert er das Budget, um seine fortwährende Unzufriedenheit wieder zu erlangen. Scheidemann arbeitet, damit er als Sozialist wieder reprobationstüchtig wird. Das ist ein großer Prospekt zu sein, kann man sagen, daß damit ein neuer Versuch zu einer Versöhnung, ein neues Projekt, einwärtig werden soll.“

Die französische Presse, und der Westscheideemanns könnte man nur einen schweren Gehirnschlag geben, nämlich daß dies den Zusammenbruch des Volks der linken bedeute.